

Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Verantwortlichen der Verwaltung, die an der Zusammenstellung des Haushaltsplans beteiligt waren, für Ihre Arbeit danken. Dennoch ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, wie ich schon zu TOP 5 „Erlass einer Hebesatzsatzung“ gesagt habe, mit den vorgeschlagenen Hebesätzen und damit, mit dem Haushaltsplan der Stadt Langenselbold für 2020, nicht zufrieden und wir werden dem Haushaltsplan dementsprechend nicht zustimmen. Wir halten es nach wie vor nicht für verhältnismäßig, dass die Hebesätze der Grundsteuern A +B und der Gewerbesteuer immer noch um 135 Prozentpunkte auseinander driften und wir sind nach wie vor dafür, die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuern wieder anzugleichen, so wie wir es in der Vergangenheit bis 2014 hatten.

Mit Interesse verfolgen wir momentan, wie beide Koalitionspartner im Zuge des Bürgermeisterwahlkampfes jetzt mit Steuersenkungen bei den Bürgern punkten wollen.

Ja, Steuersenkungen für die Bürger und Gewerbetreibenden sind eine gute Botschaft und wir sehen uns in unserer Aussage aus dem vergangenen Jahr bestätigt, dass ein gewisses Kalkül dahinter stand, als die Steuerhebesätze im Nachtragshaushalt 2018 viel zu massiv angehoben wurden. D.h. erst mal wurde mit den Erhöhungen deutlich übers Ziel hinaus geschossen um anschließend, pünktlich zur Bürgermeisterwahl, mit Steuersenkungen zu werben. Trotzdem halten wir die Steuersenkungen natürlich für richtig, hätten allerdings in diesem Schritt erst einmal die Grundsteuer A + B gesenkt, wovon nicht nur die Bürger sondern auch, wie immer argumentiert wurde, die Gewerbetreibenden profitiert hätten, da sie ja ebenfalls Grundsteuern zahlen!

Weiterhin hätten wir Grüne höhere Investitionen für die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften erwartet.

Auch der Kauf von Ökopunkten ist aus unserer Sicht ein schwerwiegender Kritikpunkt, wie mit Steuergeldern der Bürger umgegangen wird, egal, von welchem Konto diese finanziert werden, einen Ausgleich für verloren gegangene Naturflächen erfüllen sie sowieso nicht.

Wie eingangs gesagt, wird die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen diesem Beschlussvorschlag auch in diesem Jahr nicht zustimmen, weil wir es nach wie vor für ein falsches Signal ansehen, die Grundsteuerlast, die alle Bürger zu tragen haben, auf diesem hohen Niveau zu belassen.